

BAYERISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE

SITZUNGSBERICHTE · JAHRGANG 1964, HEFT 7

ERICH PREISER

Probleme
der Wohlstandsgesellschaft

Vorgetragen am 8. November 1963

MÜNCHEN 1964

VERLAG DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

In Kommission bei der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung München

Printed in Germany

Druck der C. H. Beck'schen Buchdruckerei Nordlingen

*Erwin v. Beckerath
zu seinem 75. Geburtstag
gewidmet*

Daß die Wohlstandsgesellschaft ihre Probleme hat, wissen vor allem die Soziologen und die Psychologen, und ihre Auswirkungen spürt vielleicht niemand deutlicher als die Psychotherapeuten. Im folgenden soll uns die Frage beschäftigen, ob es auch für den Nationalökonom spezifische Probleme der Wohlstandsgesellschaft gibt und welche Bedeutung sie für die nationalökonomische Forschung haben. Für das Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung, das wir als Wohlstandsgesellschaft bezeichnen, mag der Wirtschaftshistoriker gewisse Eigenheiten hervorheben; ebenso mag sich Art und Gewicht der Aufgaben verschieben, denen die Wirtschaftspolitik gegenübersteht. Aber es bleibt nicht nur offen, ob die tatsächliche Entwicklung richtig gedeutet ist, sondern auch und vor allem, ob es sich um Probleme handelt, die wissenschaftliches Umdenken und neue Methoden erfordern – so wie es der Fall war, als die große Krise der dreißiger Jahre die Keynesse Revolution in der Theorie und tiefgreifende Änderungen in der wirtschaftspolitischen Praxis hervorrief.

Der Fachmann weiß, daß ich hier auf zwei Autoren anspiele, deren Werke in den letzten Jahren großes Aufsehen erregt haben: auf John Kenneth Galbraith mit seinem Buch über die Gesellschaft des Überflusses und auf den Wirtschaftshistoriker Walt W. Rostow.¹ Beide gehen über die Grenzen hinaus, die sich die vorsichtigeren Vertreter ihrer Disziplinen heute ziehen, und insbesondere dem Werk von Galbraith hat die journalistische Art, in der er seine Thesen darlegt, die Zuspitzung seiner Formulierungen und manche Übertreibung geschadet. Aber vieles ist überzeugend und verdient eine unvoreingenommene Prüfung. Wir müssen seine Thesen kennenlernen, aber ich will ihm nicht ein-

¹ Vgl. J. K. Galbraith, *The Affluent Society*, 1958, deutsch unter dem Titel „Gesellschaft im Überfluß“, Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf., München-Zürich, o. J., und W. W. Rostow, *The Stages of Economic Growth*, 1959, deutsch unter dem Titel „Stadien wirtschaftlichen Wachstums“. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1960.

fach folgen, sondern versuchen, die Fragen, die die Wohlstandsgesellschaft aufwirft, systematisch zu ordnen.

I

Die Schwierigkeiten beginnen schon beim Begriff der Wohlstandsgesellschaft. Eine Entscheidung darüber, ob er überhaupt wissenschaftlich sinnvoll ist, kann – wie immer – erst am Schluß der sachlichen Überlegungen stehen, aber wir brauchen ja wenigstens eine vorläufige Definition. Wir sollten die Wohlstandsgesellschaft zunächst nicht mit dem Wohlfahrtsstaat verwechseln, obwohl beide bis zu einem gewissen Grad zusammenhängen. Die Basis der Wohlstandsgesellschaft ist ein Sozialprodukt, das allen Gliedern dieser Gesellschaft einen hohen Lebensstandard sichert,¹ ohne daß es dazu einer besonderen Verteilungspolitik bedürfte; der Wohlfahrtsstaat dagegen sucht eine gleichmäßigere Verteilung durch politische Maßnahmen zu erreichen – nicht umsonst spricht man vom Wohlfahrtsstaat –, und das setzt keineswegs voraus, daß das Sozialprodukt und sein Wachstum so hoch ist wie in der Wohlstandsgesellschaft. Aber es bleibt nun freilich immer noch die Frage, was uns eigentlich berechtigt, das Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung, das eine Reihe von Ländern heute erreicht haben oder zu erreichen im Begriff stehen, durch diese Etikettierung von der bisherigen Entwicklung abzugrenzen. Der Wirtschaftshistoriker wird hier keine Scheu haben, aber es geht nicht um die historische, sondern um die theoretische Betrachtung, d. h. um die Frage, ob die Wohlstandsgesellschaft für sie ein eigenes Erkenntnisobjekt mit spezifischen Problemen darstellt.

¹ „Hoch“ ist ein relativer Begriff und läßt sich nicht definieren; aber es gibt Symptome für den Grad der Befriedigung, auf die wir nachher zu sprechen kommen. Ebenso muß der Ausdruck „allen Gliedern“ mit Vorsicht aufgenommen werden. Auch in der Wohlstandsgesellschaft gibt es ausgesprochene Armut und große Unterschiede im Einkommen und im Lebensstandard der gesellschaftlichen Schichten. Aber die Armut ist keine Massenerscheinung mehr, sondern individuelles Schicksal, und die Unterschiede im Einkommen sind weit geringer als in armen Ländern. Was die Wohlstandsgesellschaft von ihnen unterscheidet, ist ganz einfach die Höhe des realen Sozialprodukts je Kopf.

Vielleicht helfen uns an dieser Stelle die beiden Autoren weiter, die ich vorhin erwähnt habe. Galbraith bezeichnet die Wohlstandsgesellschaft als Affluent Society. Die deutsche Übersetzung „Gesellschaft im Überfluß“ ist insofern irreführend, als sie das Bild des Schlaraffenlands aufscheinen läßt, während affluent nur „reichlich zuffießend“, „wohlhabend“, „reich“ bedeutet. So oder so, Galbraith konfrontiert diese Gesellschaft der Welt Ricardos, einer Gesellschaft der Armut, die noch heute unser nationalökonomisches Denken beherrsche, wiewohl die tatsächliche Entwicklung die Probleme längst überholt habe, mit denen sich die traditionelle Nationalökonomie beschäftige. Zwar gebe es immer noch Ungleichheit: noch immer beziehe die untere Hälfte der Haushalte nur 23%, die obere aber 77% des Volkseinkommens (USA 1955, nach Steuerabzug). Aber die Ungleichheit habe sich verringert: von 1941–1950 hätten die Einkommen des untersten Fünftels um 42%, die des mittleren um 24%, die des oberen nur um 8% zugenommen – eine Wirkung der Steuerprogression und der Vollbeschäftigungspolitik. Jedenfalls habe mit steigendem Realeinkommen das Interesse an der Verteilung abgenommen, um so mehr als die politische und soziale Position der Reichen nicht mehr so attraktiv sei wie früher; mit dem Reichtum zu protzen, was ihm ja erst seinen Reiz verleihe, sei vulgär und gefährlich. Auch das Problem der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit gehöre der Vergangenheit an. Großunternehmen, Konzerne, Monopole hätten das Risiko für sich weitgehend beseitigt, und für den kleinen Mann habe die Sozialversicherung das gleiche bewirkt – alles freilich unter der Voraussetzung, daß es weiterhin gelinge, die Krisen zu bändigen. Wenn nur die Produktion, als Quelle der Gütererzeugung und des Einkommens, ständig und schnell genug wachse, seien Ungleichheit und Unsicherheit keine Probleme mehr; daher konzentriere sich denn auch alles Interesse heute auf das Wachstum der Produktion.

Jedoch, im Grunde sei dies paradox. Denn was da produziert werde, entspreche nicht mehr einem wirklichen Bedürfnis des Verbrauchers, der längst mit allem Notwendigen gesättigt sei. Die Theorie bestreite zwar, daß es so etwas wie eine Sättigung gebe und daß der Nationalökonom das Recht habe, zwischen

„wichtig“ und „unwichtig“ zu unterscheiden. Aber niemand könne leugnen, daß ein Großteil der Bedürfnisse heute überhaupt nicht vom Verbraucher ausgehe, sondern ihm von einer raffinierten Verkaufstechnik suggeriert werde, daß also die Nachfrage nicht gegeben sei, sondern fabriziert werde, und das allein rechtfertige schon das Urteil, daß diese Bedürfnisse offensichtlich nicht sehr dringlich seien. Die Produktion lasse sich daher nicht mehr mit dem Hinweis auf originäre Wünsche des Verbrauchers rechtfertigen. Nicht besser stehe es mit dem Argument, die politische und militärische Macht einer Nation verlange eine hohe wirtschaftliche Kapazität; entscheidend sei im Ernstfall allein die Möglichkeit, die Produktion auf den militärischen Bedarf umzustellen, d. h. anderen Bedarf zu drosseln. In Wirklichkeit stehe hinter dem Mythos von der Produktion das Prestigeinteresse des Produzenten, der heute gegenüber den Verwaltungsbeamten, den Professoren und den Intellektuellen einen schweren Stand habe, weil er eben letztlich kein wirkliches Bedürfnis befriedige; und wenn man näher zusehe, so zeige sich, daß dieser Mythos obendrein gefährlich sei. Wie die Gesellschaft des Mangels, so habe auch die des Überflusses ihre Probleme – Probleme, die der Gegenwart neue Aufgaben stellten und den Nationalökonomien zum Umdenken zwängen.

Nun, diese Aufgaben werden uns nachher beschäftigen, und einiges von dem, was Galbraith hier ausführt, wird dabei korrigiert werden müssen, so vor allem seine Meinung über die Verteilung. Vorerst geht es um die Abgrenzung der Wohlstandsgesellschaft. Läßt man alles Nebensächliche beiseite, so ist sie nach Galbraith dadurch charakterisiert, daß das Verhältnis von Verbrauch und Produktion sich gegenüber der bisherigen Ansicht geradezu umgekehrt hat: die Produktion ist zum Selbstzweck geworden, der Verbrauch zum Mittel. Nun wird man freilich sogleich einwenden, das sei schon immer so gewesen. Wie die Produktion nur Mittel für den ist, der Profite machen will, so ist der Verbrauch nur Mittel für den, der produzieren will.¹ Aber

¹ Ich erweitere damit einen treffenden Satz Joseph Schumpeters, in dem er zeigt, daß die soziale Funktion, „so wie die Dinge nun einmal liegen,“ immer nur nebenher erfüllt wird (Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bonn 1946, S. 448).

diese Überlegung zielt auf die Motive des Handelns ab, nicht auf das sachlogische Verhältnis von Produktion und Verbrauch, bei dem die Bedürftigkeit des Menschen nach wie vor den Ausgangspunkt bildet, und wenn man Galbraith gerecht werden will, so muß man einen Schritt weiter gehen und ihm in der Unterscheidung zwischen originären und künstlich geschaffenen Bedürfnissen folgen. Erst sie zieht bei ihm die Grenze zwischen der Gesellschaft der Armut und der des Überflusses, und wenn man beobachtet, welche Ausmaße das „Marketing“ heute angenommen hat, so scheint seine Abgrenzung nicht unbrauchbar zu sein. Trotzdem läßt sie sich nicht halten. Wie der individuelle Kampf um den Kunden, so ist auch die Weckung neuer Bedürfnisse so alt wie die Marktwirtschaft, sobald sie nur in das Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung eingetreten ist. Daß die Bedürfnisse mit der Zunahme der Produktion und des Einkommens automatisch wachsen, schon weil nach der Befriedigung der dringendsten physischen Lebensbedürfnisse sich sogleich der Prestigebedarf einstellt, widerspricht aller Erfahrung. Auf allen Märkten gab und gibt es eine Sättigungsgrenze, und immer muß der Produzent versuchen, sie durch die Schaffung neuer Bedürfnisse hinauszuschieben. Daß die Nachfrage „gemacht“ wird, ist daher kein Spezifikum unserer Zeit, die obendrein auf vielen Gebieten eher das Gegenteil zeigt als eine Bemühung um den Kunden: während neue Produkte angepriesen und aufgedrängt werden,¹ muß in vielen lebensnotwendigen Dingen der Verbraucher dem Produzenten nachlaufen.

Mit der Unterscheidung von originären und künstlich geschaffenen Bedürfnissen kommt man also weder zu einer sauberen Abgrenzung noch auch nur zu einer zutreffenden Kennzeichnung der Wohlstandsgesellschaft. Trotzdem bleibt das unbestimmte Gefühl, daß unsere Gesellschaft nicht nur reicher, sondern auch anders ist als die unserer Väter: daß nicht nur – wie seit alters –

¹ Im übrigen darf man nicht vergessen, daß das Vordringen der Reklame in unserer Zeit auch mit der Ausbreitung von Oligopolen und der zunehmenden Heterogenität auch der polypolistischen Märkte zusammenhängt. Niemand kann sagen, welcher Faktor stärker ist, dieser oder eine zunehmende Schwierigkeit, Güter überhaupt an den Mann zu bringen. Die Argumentation von Galbraith verliert damit noch mehr an Überzeugungskraft.

auf Teilmärkten immer wieder eine Sättigungsgrenze erreicht wird, sondern daß im ganzen eine solche Grenze erreicht ist.¹ Ein Indiz dafür ist die Tendenz zu immer weiterer Verkürzung der Arbeitszeit – eine Erscheinung, die Galbraith völlig vernachlässigt. Auch sie ist freilich so alt wie die moderne Industriegesellschaft. Aber niemand wird bestreiten wollen, daß zwischen der Verkürzung der Arbeitszeit von 16 auf 10 oder 8 Stunden und der weiteren Verkürzung, die unsere Gegenwart kennzeichnet, ein fundamentaler Unterschied besteht. Gewiß ist diese Verkürzung beide Male das Ergebnis einer Entscheidung, bei der der Nutzen eines größeren Güterkorbes mit dem vermehrter Freizeit abgewogen wird; und gewiß ist es beide Male die Erhöhung der Produktivität, die diese Verkürzung ermöglicht. Aber Freizeit ist ein dehnbare Begriff, er umschließt ebenso den Schlaf und die notwendige Zeit der Erholung, die die Sozialpolitik einstmals im Auge hatte, wie den Luxus eines Lebens der Muße. Um ihn geht es heute, auch wenn die Gewerkschaften ihre Forderungen gelegentlich anders begründen, nämlich damit, daß sie einer künftigen Freisetzung durch die Automation vorbeugen müßten. Bei freier, von der Not früherer Zeiten unabhängiger Entscheidung wird die Freizeit höher geschätzt als die Vergrößerung des Konsumgüterkorbes.² In der Tat sinkt also der Grenznutzen nicht nur einzelner, sondern der Konsumgüter schlechthin. In der Verkürzung der Arbeitszeit haben wir somit ein Kennzeichen der Wohlstandsgesellschaft. Wir hätten es natürlich auch, wenn bei gleichbleibender Arbeitszeit die Ersparnisse zunähmen; Reichtum kann sich offenbar entweder in einer höheren Sparquote oder in einer Verkürzung der Arbeitszeit äußern. Die Erfahrung beweist, daß bei dieser Alternative die Verkürzung der Arbeitszeit vorgezogen wird. Damit ist zugleich der mögliche Einwand widerlegt, die bemerkenswerte Konstanz der Konsumquote beweise, daß von einem

¹ Ich gehe dabei nicht auf die Wandlungen innerhalb des *Verbrauchs* ein, die ihrerseits ein Symptom für den zunehmenden Wohlstand sind, wie die Verschiebung zu langlebigen Konsumgütern und Dienstleistungen aller Art. Vgl. dazu Werner Mahr, *Konsumwandlung als ökonomisches Problem*, Civitas, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung, Bd. I, 1962, S. 161 ff.

² Manchmal freilich dient die vergrößerte Freizeit umgekehrt gerade der Vergrößerung des Güterkorbes: sie wird zu lukrativer Nebenarbeit benutzt.

abnehmenden Grenznutzen des Gesamtwarenkorbs nicht die Rede sein könne; die Konsumquote des Einkommens bleibt hoch, aber das Einkommen wächst nicht so schnell, wie es ohne Arbeitszeitverkürzung wüchse.

Ziehen wir das Fazit aus diesen Überlegungen, so ist mit alledem zwar keine scharfe Abgrenzung der Wohlstandsgesellschaft gewonnen, aber wir haben doch wenigstens ein einigermaßen zuverlässiges Kennzeichen dieser Gesellschaft. Ob sie damit zu einem eigenen Erkenntnisobjekt der Nationalökonomie wird, kann erst entschieden werden, wenn wir die Probleme, die sie aufwirft, im einzelnen untersucht haben. Ehe wir daran gehen, wollen wir noch einen Blick auf die Diagnose Rostows werfen.

Rostow ist Historiker, aber die Askese des Faches liegt ihm fern. Er scheut sich nicht, die alte Stufentheorie wieder zu beleben und seine historischen Stadien zugleich als analytische Kategorien, d. h. als gedankliche Modelle zu benutzen, aus denen er theoretische und praktische Schlüsse zieht. Die Wohlstandsgesellschaft fällt bei ihm zusammen mit dem „Zeitalter des Massenkonsums“, und das wieder ist das fünfte und bisher letzte Stadium einer Reihe von Entwicklungsstufen, die alle Völker durchlaufen, natürlich nicht gleichzeitig, aber doch mit einer inneren, im Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung begründeten Notwendigkeit. Am Anfang steht immer die traditionelle Gesellschaft (I), eine Gesellschaft, der die Landwirtschaft das Gepräge gibt, die nie über eine bestimmte Obergrenze der Produktivität hinauskommt und die sich in dieses Schicksal ergibt. In einer Übergangsperiode (II) ändern sich die Voraussetzungen: die Einstellung zu Wissenschaft und Technik wandelt sich, neben der alten feudalen Herrschaft entsteht eine neue Elite, die Sozialstruktur wird lockerer, wobei nicht zuletzt der neuauftretende Nationalismus mitspielt. Zu einem gewissen Zeitpunkt macht die Entwicklung dann den entscheidenden Sprung, wobei technische Erfindungen oder politische Ereignisse den auslösenden Faktor bilden können. Es ist die Periode des Take-Off (III), in der führende Industrien sich schnell entwickeln und die Investitionsquote stark steigt. Der Take-Off liegt für England um 1780, für Deutschland um 1850, für Rußland um 1890 und für Indien um 1950 – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die Ausbreitung der Industrialisie-

rung führt sodann zum Reifestadium (IV), das die Völker vor die Wahl stellt, ihre Kraft entweder dem Streben nach äußerer Macht oder dem Aufbau eines Wohlfahrtsstaates oder schließlich der Befriedigung des Massenkonsums von langlebigen Konsumgütern und Dienstleistungen zu widmen (V), wobei natürlich auch Kombinationen möglich sind.

All das ist nun ebenso interessant wie problematisch; fängt man erst einmal zu fragen an, so gibt es kein Ende, sowohl was die Sache als was die Methode angeht. Was uns an alledem interessiert, ist nur das Bild, das Rostow von der Gegenwart zeichnet, und das Bündel von Fragen, die er unter dem Titel „Jenseits des Massenkonsumzeitalters“ aufwirft. Er kennzeichnet dieses Zeitalter und damit unsere Wohlstandsgesellschaft als das Zeitalter des billigen Massenautomobils, des vorstädtischen Familienhauses und der Haushaltsapparaturen. Im Gegensatz zu Galbraith enthält er sich eines abwertenden Urteils, aber die Fragen, die er für die weitere Zukunft aufwirft, sind alles andere als beruhigend. Sie gelten auch in Wirklichkeit gar nicht für die Zukunft, für dieses „Jenseits“, sie sind vielmehr unmittelbar mit der Wohlstandsgesellschaft verknüpft. Was nämlich, so fragt Rostow, wenn jedermann mit allen diesen Annehmlichkeiten des täglichen Lebens versorgt ist und der Grenznutzen dieser Dinge immer mehr sinkt? Was werden die Menschen, wenn wir den Krieg ausschließen, tun, genauer: was werden die Männer tun? Denn die Frauen sind ja trotz aller technischen Apparaturen durch den Wegfall fast aller persönlichen Dienste nicht weniger, sondern eher mehr angespannt als früher, jedenfalls solange sie Kinder aufziehen. Zweierlei ist möglich: der Weg zurück in das anstrengende Leben früherer Zeiten, d. h. die Erhöhung der Geburtenrate (der Babyboom der USA), und der Weg nach vorn, sei es in den Weltraum, sei es in das beschauliche Leben eines Landedelmannes, der seine Zeit mit Jagen und Fischen verbringt. Das Kennzeichen aber und zugleich die Gefahr der Wohlstandsgesellschaft ist die Langeweile, die Spannungslosigkeit, der Mangel an sinnvoller, d. h. notwendiger Betätigung. Freilich, das gilt nur, wenn man die Wohlstandsgesellschaft für sich betrachtet. In Wirklichkeit gibt es auf unserm Planeten noch genug Menschen, die sich erst in der Übergangsperiode befinden, die noch hungern und die dringend

unserer Hilfe bedürfen. Neben dem Problem der Kriegsverhütung wird damit das der Entwicklungshilfe zur brennenden Aufgabe unserer Zeit.

Wir sehen an dieser Stelle, wie die Darstellung der historischen Entwicklung in das Aktionsprogramm der Kennedy-Regierung einmündet, zu deren Beratern Rostow gehört hat. Wiederum aber ist das nicht unser Gegenstand. Noch geht es um das Bild der Wohlstandsgesellschaft. Die Antwort, die Rostow gibt, unterscheidet sich nicht wesentlich von der, die Galbraith gegeben hat: die Wohlstandsgesellschaft ist eine Gesellschaft der Sättigung. Über ihre wirtschaftlichen Probleme sagt Rostow nichts; er scheint der Meinung zu sein, daß sie grundsätzlich funktioniert, während Galbraith, wie wir gleich sehen werden, Gefahren und ungelöste Probleme sieht. Was Rostow dem Bild der Wohlstandsgesellschaft beifügt, ist die Langeweile. Sie ist nur ein anderer Ausdruck für das, was die Soziologen gern als die „Malaise“ unsrer Zeit bezeichnen. Der Nationalökonom aber scheint, wenn wir Rostow folgen wollen, nur noch ein Gebiet zu haben, auf dem er sich sinnvoll betätigen kann: die Probleme der Entwicklungsländer – es sei denn, er wende sich über sein Fach hinaus der großen Existenzfrage der Kriegsverhütung zu.¹

Soweit Rostow. Wir verlassen damit die Frage, was man sich unter der Wohlstandsgesellschaft vorzustellen hat, und wenden uns den Einzelproblemen zu, die sie dem Nationalökonom aufgibt. Es wird sich zeigen, daß er nicht auf die ausschließliche Beschäftigung mit den Entwicklungsländern angewiesen ist.

II

Wenn wir wissen wollen, ob bzw. wieweit die Wohlstandsgesellschaft den Nationalökonom zum Umdenken zwingt, so liegt es nahe, von den traditionellen Problemen der Nationalökonomie auszugehen. Was ändert sich, so lautet dann die Frage, mit dem Übergang zur Wohlstandsgesellschaft?

¹ So Rostow selbst und Oskar Morgenstern, *The Question of National Defense*, 1959, deutsch unter dem Titel: *Strategie – heute*, S. Fischer-Verlag 1962.

1. Es sind drei Hauptfragen, die – nacheinander aufgeworfen, aber eng verflochten – die Entwicklung unserer Disziplin kennzeichnen und zugleich ihren systematischen Inhalt ausmachen. Die erste betrifft die Steuerung des Wirtschaftsprozesses und führt zur Preistheorie. Über die Preise werden die individuellen Pläne der Wirtschaftssubjekte aufeinander abgestimmt, die Erklärung der Preisbildung ist also die erste und wichtigste Aufgabe der Nationalökonomie. Im Hinblick auf unser Thema möchte ich ihr aber eine etwas andere Wendung geben. Es geht nicht nur um die Lenkung eines Prozesses, bei dem der Steuermann unsichtbar bleibt, sondern um die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen für die bestmögliche Befriedigung der Bedürfnisse, mit andern Worten: es geht um die Produktivität. Was Adam Smith interessierte, war ja doch nach wie vor, d. h. genau wie bei den Merkantilisten und Physiokraten, die Frage nach dem Volkswohlstand und seinen Bedingungen. Was ihn von den Merkantilisten unterschied, war nur die Antwort: nicht staatliche Bevormundung, sondern wirtschaftliche Freiheit sei der richtige Weg zum Reichtum, denn sie allein garantiere den optimalen Einsatz der produktiven Kräfte. Natürlich mußte er das beweisen, und eben dazu diente die Preistheorie, genauer: die Theorie vom Wettbewerbspreis, von der Freizügigkeit und vom Freihandel. Die neoklassische Theorie drückt sich ein bißchen anders aus, sie spricht von der Maximierung des Sozialprodukts und seines Wachstums und von der optimalen Allokation der Ressourcen – aber an der Sache ändert sich dadurch nichts, und auch die Antwort bleibt die gleiche.

Was wird anders, wenn wie die Wohlstandsgesellschaft betrachten? In der Terminologie von Galbraith gehört, was wir soeben gehört haben, zum Mythos von der Produktion, oder sagen wir lieber, denn das meint er: von der Produktivität. Sie ist gewaltig gestiegen, aber ob gerade die Erfüllung der Smithschen Bedingungen die Ursache war, steht dahin. Galbraith bezweifelt es: viel eher war es der technische Fortschritt, der das Wachstum so beschleunigt hat und weiter beschleunigt, der technische Fortschritt, den man so hinnimmt, für den man aber im Grunde genommen herzlich wenig tut – es sei denn in Kriegszeiten. Galbraith denkt dabei nicht nur an die Forschung, sondern

auch an die Ausbildung des Menschen. Gewiß haben die großen Unternehmungen ihre Forschungsabteilungen, aber alles, was in den Bereich der öffentlichen Dienste fällt, kommt zu kurz. Vor allem vernachlässigen wir in geradezu sträflicher Weise die Investition im „human capital“ gegenüber der im materiellen Kapital; und wir lassen den Staat deshalb zu wenig für den Fortschritt tun, weil wir ihn, geblendet von den Erfolgen der privaten Aktivität, nach wie vor bloß als ein notwendiges Übel betrachten.¹

So Galbraith. Wer die neuere Entwicklung unserer Disziplin verfolgt, weiß, daß er hier eine wichtige Frage aufwirft, eine Frage, die allerdings nicht erst die Wohlstandsgesellschaft, sondern schon den Weg zu ihr hin betrifft. Natürlich läßt sich nicht ausmachen, wieweit die Zunahme der Produktivität auf die Optimierung des Faktoreinsatzes und wieweit sie auf den technischen Fortschritt zurückgeht; man kann die Wirkungen nicht isolieren. Aber vieles spricht dafür, daß dem technischen Fortschritt um so größeres Gewicht zukommt, je mehr wir uns der Gegenwart nähern. Die starke Erhöhung des Realeinkommens in den beiden Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg ist ohne Zweifel vor allem der Ausdehnung des Welthandels zu verdanken. Aber wenn eine solche Verbesserung in der Allokation der Ressourcen einmal erfolgt und wenn nur noch die Anpassung an Veränderungen der Standortbedingungen nötig ist, fällt jede weitere Erhöhung der Produktivität in erster Linie dem technischen Fortschritt zu, der seinerseits mehr und mehr nicht nur Forschung, sondern auch

¹ Durchaus übereinstimmend mit Galbraith äußert sich Fritz Neumark, Wandlungen in den Auffassungen vom Volkswohlstand, Frankfurter Universitätsreden, Heft 28, Verlag Klostermann, 1962. Vgl. vom selben Verfasser ferner: Steuerpolitik in der Überflußgesellschaft, Berlin 1961. – Zum Zusammenhang von Ausbildung und Wachstum verweise ich auf Walther Hoffmann, Erziehungs- und Forschungsausgaben im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß, Freundesgabe der Wissenschaft für E. H. Vits, Knapp Verlag, Frankfurt 1963. – In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die Pädagogen das Bedürfnis empfinden, sich über die künftige Entwicklung zu orientieren. In der Tat müssen sie ja mit langen Fristen rechnen. Was, so fragt Ludwig Englert, muß die Pädagogik heute tun, damit die Kinder mit den Aufgaben und der Problematik von 1990 fertig werden? Vgl. seinen Beitrag: Grundfragen der prospektiven Pädagogik, Festschrift zur Vollendung des Neubaus der Pädagogischen Hochschule Augsburg der Universität München, 1963.

gründlichere Ausbildung verlangt. Der Zusammenhang von Bildungsaufwand und Wachstum ist heute ein bevorzugter Gegenstand der Forschung, und man hat sogar den Versuch gemacht, einen Kapitalkoeffizienten zu berechnen, der im Zähler nicht nur das materielle, sondern auch das in der menschlichen Ausbildung investierte Kapital enthält.¹

Jedoch, es wäre unzweckmäßig, das Problem der öffentlichen Dienste allein unter dem Gesichtspunkt von Forschung und Fachschule zu diskutieren, und so wollen wir unsere Betrachtung sogleich erweitern. Nicht weniger wichtig sind zunächst die mannigfachen anderen Hilfen, die der Staat dem Produzenten gibt – oder eben auch nicht gibt; wir brauchen bloß an das Verkehrsnetz zu denken. Viel weiter spannt sich schließlich die Frage, wenn wir überhaupt den Gesichtspunkt der Produktivität zurückstellen und an die Dienste denken, die die öffentliche Hand dem Verbraucher zu leisten hat. Schon der Schulunterricht ist nicht nur Produktionsmittel, sondern auch – *sit venia verbo* – Konsumgut, und wie beliebt auch der Slogan ist, die Bildung von heute sei der Wohlstand von morgen, so haben doch Schule und Universität noch einen Rest von der Idee einer Bildung um ihrer selbst willen bewahrt. Wie schlecht es um die Versorgung mit diesem Gut bestellt ist, brauche ich nicht zu sagen, und wenn wir nun zu den vielen anderen Einrichtungen und Dienstleistungen übergehen, die der Natur der Sache nach vom Staat für den Verbraucher bereitgestellt werden müssen, so steht es mit ihnen nicht besser: ich nenne nur den Kampf gegen die Verschmutzung von Luft und Wasser, das – schon durch die Zunahme der Wegwerfpackungen – immer schwierigere Problem der Abfallbeseitigung, den Mangel an Krankenbetten und die unzureichende Versorgung mit Altersheimen.

Wenn wir uns an unsere Fragestellung erinnern, so fällt freilich nicht alles der Wohlstandsgesellschaft zur Last. Unabhängig davon erhöht schon die Verdichtung der Bevölkerung auf gegebenem Raum den öffentlichen Bedarf; auch ohne die zunehmende Motorisierung wird z. B. das Verkehrsproblem schwieriger. Alles

¹ Vgl. dazu Theodore W. Schultz, *Reflections on Investment in Man*, *The Journal of Political Economy*, Vol. LXX, No 5, Part. 2, S. 1 ff (1962).

andre ist aber in der Tat entweder Begleiterscheinung des technischen Fortschritts, der den Wohlstand herbeiführt, oder Symptom des Reichtums selbst. Insofern hat Galbraith recht, wenn er den Mangel an öffentlichen Diensten sozusagen als die Kehrseite der Medaille betrachtet: der reichlichen Versorgung mit überflüssigen Gütern steht die Unterversorgung mit den aller-notwendigsten Gütern im öffentlichen Bereich gegenüber – einfach deshalb, weil die Menschen immer noch davon ausgehen, daß ihre Versorgung mit Gütern eigentlich Sache der privaten Wirtschaft sei, während sie die öffentlichen Dienste nach wie vor auf ein Minimum beschränkt wissen wollen. Es ist kein Widerspruch zu alledem, daß der Anteil des Staats am Volkseinkommen von wenigen Prozenten auf über ein Drittel zugenommen und daß man sich seit langem an Adolph Wagners berühmtes „Gesetz der wachsenden Staatsausgaben“ gewöhnt hat. Ständig wachsende Rüstungsausgaben und ständig wachsende soziale Verpflichtungen sind die Hauptursache, und die neu auftretenden Bedürfnisse nach öffentlichen Diensten können sich nur langsam und gegen Widerstand ihr Recht verschaffen. Hören wir noch einmal Galbraith: „Das endgültige Problem der industriellen Gesellschaft“, so schreibt er, „ist, was sie produziert“, und er geht dabei so weit, daß er die Grenze zwischen privat und öffentlich erzeugten Gütern und Diensten als die Grenze bezeichnet, die „reich“ und „arm“ trennt. Die mangelnde Proportion zwischen beiden Bereichen ist daher für ihn eine schwere Störung des sozialen Gleichgewichts. Sie bildet das Hauptproblem unserer Zeit, und es geht um mehr als um wirtschaftspolitische Entscheidungen, die ja immer Zweckmäßigkeitsfragen sind und im Kompromißwege gelöst werden: „Eine sittliche Ordnung steht auf dem Spiel.“

Das sind große Worte, und sie stehen in seltsamem Kontrast zu der Unterschätzung der Verteilungsfrage, der wir uns im nächsten Abschnitt zuwenden werden. Immerhin, das Problem besteht, und es bleibt die Frage, wie es gelöst werden könnte. Galbraith tritt mit unbestreitbarer Folgerichtigkeit für Verbrauchssteuern ein: aus der Tatsache, daß die Wohlstandsgesellschaft reich an privatwirtschaftlich erzeugten Gütern und arm an öffentlichen Diensten ist, folge zwingend, daß die ersteren zugunsten der letzteren besteuert werden müßten. Wir brauchen darauf nicht

näher einzugehen. Was uns interessiert, ist das Problem als solches, und wenn ich das Fazit ziehe, so bin ich geneigt, Galbraith grundsätzlich zuzustimmen. Die Disproportionalität zwischen privater und öffentlicher Versorgung ist in der Tat ein spezifisches Problem der Wohlstandsgesellschaft. Die Beseitigung des Mangels im privaten Bereich erzeugt neuen Mangel im öffentlichen. Wir leiden darunter, aber der ewige Wunsch nach Senkung der Steuerlast beweist, daß wir immer noch nicht bereit sind, die Konsequenz daraus zu ziehen.

2. Das zweite Hauptproblem der Nationalökonomie, zuerst mit dem Namen Ricardos verknüpft, ist die Frage nach der Einkommensverteilung. Wir kennen die pessimistischen Ansichten und die pessimistischen Prognosen der Klassiker, Marx eingeschlossen. Das Problem hat das 19. Jahrhundert beherrscht, und die Zeitgenossen haben es, nachdem die Frage nach der Steuerung und nach dem optimalen Einsatz der Produktivkräfte grundsätzlich beantwortet war, geradezu als das Problem der Nationalökonomie betrachtet. Es war verknüpft mit dem sozialen Elend der Industrialisierungsperiode, und eben daher hat es sein Gewicht bekommen. Aber mehr und mehr hat dann die Hebung des Reallohns damit aufgeräumt, schon ehe man den Begriff der Wohlstandsgesellschaft erfand. Die Vereinigten Staaten lagen und liegen dabei an der Spitze, und da obendrein die Aufstiegschancen größer waren oder doch jedenfalls weit höher eingeschätzt wurden als in jedem andern Land der Welt, so hat das Problem der Verteilung dort nie die gleiche Bedeutung gehabt wie im alten Europa. Wir brauchen uns daher nicht zu wundern, daß Rostow die Frage der Verteilung überhaupt nicht erörtert und Galbraith sie als uninteressant betrachtet. Er begründet es nur falsch, wenn er meint, die Ungleichheit habe abgenommen. Zahlen für ein beliebiges Jahrzehnt beweisen wenig, und wenn wir die Einkommensverteilung in den fortgeschrittenen Ländern langfristig betrachten, so sind die Anteile von Unternehmern und Nichtunternehmern von einer bemerkenswerten Konstanz.¹ Die

¹ Ich sage dies mit allen Vorbehalten, einmal weil die immer wieder berufene Konstanz strittig ist, zum andern weil sich in den Quotenänderungen der Verteilungssätze (Lohnsatz und Profitsatz) und strukturelle Veränderungen (Zunahme der Zahl der Abhängigen u. a.) mischen.

Ungleichheit jedenfalls hat sich nur ganz wenig verringert. Ebenso wenig überzeugt sein Hinweis darauf, daß der Reichtum nicht mehr so attraktiv sei wie früher; im Arbeitskampf geht es um andere Ziele. Man kann ein mangelndes Interesse an der Verteilung daher nur mit der Höhe der Reallöhne erklären.

Merkwürdigerweise aber geht, wie wir alle täglich erfahren, der Kampf um die Verteilung in der Wohlstandsgesellschaft weiter, auch in den Vereinigten Staaten. Er ist keine Lebensfrage mehr, und selbst das Schlagwort „Gerechtigkeit“ hat an Kraft verloren. Geblieben ist nur der Versuch, aus der jeweiligen Situation herauszuholen, was sich herausholen läßt. Sein Motiv ist der Wunsch, an der Zunahme des Wohlstands soweit wie möglich, d. h. soweit wie es die eigene Macht erlaubt, zu partizipieren, und diese Macht hat sich mit der Annäherung an die Wohlstandsgesellschaft vergrößert: mit wachsendem Volkseinkommen nimmt die Akkumulation schneller zu als die Bevölkerung und damit das Arbeitsangebot – ein säkularer Prozeß, den schon Adam Smith kommen sah und der nur deshalb mit großer Verspätung wirksam wurde, weil das 19. Jahrhundert durch eine historisch einmalige Überfüllung des Arbeitsmarkts gekennzeichnet war. Weder konjunkturelle Rückschläge noch strukturelle Arbeitslosigkeit in zurückgebliebenen Regionen sind ein Gegenbeweis gegen diese allgemeine Tendenz, die freilich heute durch die Vollbeschäftigungspolitik aller Regierungen noch unterstützt wird.

Wenn wir uns wiederum auf unsere Fragestellung besinnen, so ist der Kampf um die Verteilung nach allem, was wir jetzt festgestellt haben, kein Spezifikum der Wohlstandsgesellschaft als solcher, aber sie hat ihn auch nicht beseitigt, und so bleibt das Problem auf der Tagesordnung. Verändert hat sich nur die Motivation, und verändert hat sich auch die Grenze, bis zu der die Lohnforderungen gehen; war man früher froh, wenn die Löhne mit der Produktivität Schritt hielten, so eilen sie ihr heute oft voraus. Die Verteilungsfrage verknüpft sich auf diese Weise mit dem Problem des volkswirtschaftlichen Wachstums. Sie beeinflußt nicht nur das Tempo des Wachstums, sondern berührt sich auch mit der Frage seiner Stabilität. Wir stellen sie daher bis zum nächsten Abschnitt zurück.

Jedoch, das Problem der Verteilung hat noch eine andere Seite. Es umfaßt nicht nur die Verteilung des Einkommens, sondern auch die des Vermögens, und in dieser Gestalt ist es eine typische Erscheinung der Wohlstandsgesellschaft. Hat man die Vermögensverteilung bisher immer nur im Zusammenhang mit der Einkommensverteilung gesehen und war sie bisher immer nur ein Gegenstand für den Theoretiker und für den Statistiker, so rückt sie jetzt, in der Wohlstandsgesellschaft, auch ins Blickfeld der Wirtschaftspolitik und der Öffentlichkeit. Wer mit dem Mangel zu kämpfen hat, ist allein am Einkommen interessiert, und eine ungleiche Vermögensverteilung wird weder als drückend noch auch nur als ungerecht empfunden. Auch heute findet der Ruf nach „Eigentum für alle“ vorerst nur ein schwaches Echo bei denen, die es eigentlich angeht, d. h. bei den Vermögenslosen, und die Diskussion vermögenspolitischer Ziele und Maßnahmen steht erst im Anfang. Einigkeit besteht nur darüber, daß der Weg zum Vermögen allen Gliedern der Wirtschaftsgesellschaft leichter gemacht werden sollte und daß das Ziel einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung heute nicht mehr utopisch ist; strittig sind die Wege, die von der bloßen Förderung des Sparens aus dem gegebenen Einkommen zu Maßnahmen reichen, die die Vermögensbildung mit einer Veränderung der Einkommensverteilung koppeln.

Es ginge zu weit, das zu diskutieren,¹ aber der Zusammenhang mit unserer Fragestellung und auch mit den Diagnosen von Galbraith und Rostow ist evident. Ist die Wohlstandsgesellschaft wirklich eine Gesellschaft der Sättigung und sinkt der Grenznutzen der Güter wirklich, so müßten ja Einkommensteile übrig bleiben, die der Vermögensbildung gewidmet werden könnten – freilich nur, wenn die Menschen es nicht vorzögen, den Segen der gestiegenen Produktivität in Gestalt einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit entgegenzunehmen. Bemühten sie sich aber um Vermögensbildung, so wäre das zugleich eine Alternative zu der Langeweile und den Hobbys Rostows, eine Alternative, die zwar möglicherweise nicht die wirtschaftliche, wohl aber die

¹ Ich darf auf meinen im Druck befindlichen Vortrag „Theoretische Grundlagen der Vermögenspolitik“ verweisen (Bonner Akademische Reden, Verlag Peter Hanstein).

politische Stabilität erhöhen würde, weil sie das Interesse und die Verantwortlichkeit für das gesellschaftliche Leben nicht wie die Freizeit verringert, sondern vergrößert. Wiederum stoßen wir hier also auf die schon für den Begriff der Wohlstandsgesellschaft charakteristische Alternative zwischen Verkürzung der Arbeitszeit bei hoher Konsumquote und Vermögensbildung bei gleichbleibender Arbeitszeit. Wohin der Trend führen wird, wissen wir nicht; bei weiter steigender Produktivität ist natürlich beides zugleich möglich.

Wir wollen auch hier zusammenfassen: Die Zunahme des Wohlstands beseitigt den Kampf um die Verteilung des Einkommens nicht; eher verschärft sie ihn, weil die Macht der Gewerkschaften steigt. Gleichzeitig aber eröffnet die Wohlstandsgesellschaft die Möglichkeit einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung. Wenn es im vorigen Abschnitt ein Mangel war, der die Wohlstandsgesellschaft kennzeichnet, so ist es hier eine Chance.

3. Damit gehen wir zur dritten Hauptfrage der Nationalökonomie über. Sie beginnt mit dem Auftreten periodischer Wirtschaftskrisen, sie wird zur Konjunkturtheorie, sie wandelt sich zur Beschäftigungstheorie, und sie mündet in die neuere Wachstumstheorie. Es ist die Frage nach den Kräften, die hinter der wirtschaftlichen Entwicklung stehen, und im besonderen die Frage nach den Bedingungen eines störungsfreien Wachstums. Diese Bedingungen herzustellen und zu sichern ist das Ziel der Konjunkturpolitik. Die Selbststeuerung funktioniert hier nicht. Die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise hat unserer Generation die Furcht vor der Stagnation hinterlassen, der ständige Anstieg der Preise lenkt den Blick auf das andere Extrem, die Inflation. Unser Interesse konzentriert sich auf die Frage, ob die Wohlstandsgesellschaft für diese Gefahren anfälliger ist als die Gesellschaft des Mangels oder ob sie stabiler ist. Manches von dem, was wir bisher gehört haben, spricht dafür, daß wir sie als anfälliger betrachten müssen, wiewohl die Wahrscheinlichkeit einer ausgesprochenen Krise deshalb geringer ist, weil wir heute über größere Einsicht und über wirkungsvollere konjunkturpolitische Mittel verfügen als früher. Auch Galbraith setzt sich mit diesen Fragen auseinander, die er – wie könnte es anders sein – wiederum auf den Mythos von der Produktion zurückführt.

Wenn wir uns an die Charakteristik der Wohlstandsgesellschaft erinnern, so ergibt sich das erste Problem fast von selbst. Das hohe Produktionsniveau der Wohlstandsgesellschaft hängt ja, weil bei den originären Bedürfnissen eine gewisse Sättigung eingetreten ist, mehr als früher von der Werbung ab, und jeder Mißerfolg muß Nachfrage und Produktion schrumpfen lassen. Diese Gefahr wird verstärkt durch den Kundenkredit, der die Nachfrage ausdehnt, aber bei jedem Rückschlag zur drückenden Belastung des Verbrauchers wird und die Rezession verstärkt; wir wissen, wie stark ein amerikanischer Haushalt durch Ratenzahlungen belastet ist. Wenn man, so meint Galbraith, nicht den Verkauf von Autos, Radiogeräten und Teppichen forcierte, sondern mehr Krankenhäuser und Schulen baute, so wäre die wirtschaftliche Stabilität größer; er gibt damit sogleich die Alternative an, die aus seiner Theorie vom sozialen Ungleichgewicht folgt. Lassen wir das für den Augenblick beiseite, so laufen seine Überlegungen darauf hinaus, daß die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage labiler wird, weil zu dem ohnehin unsicheren Posten der Investitionsnachfrage nun auch noch eine verstärkte Unsicherheit der Konsumnachfrage tritt, die bisher ein einigermaßen zuverlässiger Faktor war. Das scheint plausibel, aber man darf diese Labilität und die zusätzliche Gefährdung durch das System des Kundenkredits auch nicht überwerten. Wir haben gesehen, daß die Unterscheidung von originären und aufgedrängten Bedürfnissen auf schwachen Füßen steht, daß das einzige einigermaßen brauchbare Indiz für die Wohlstandsgesellschaft die Verkürzung der Arbeitszeit ist und daß das Einkommen der breiten Masse nach wie vor bis auf eine traditionelle und geringe Sparquote ausgegeben wird – zugegebenermaßen mit Hilfe einer starken Werbung. Es ist jedoch in keiner Weise einzusehen, warum diese Werbung eines Tages erfolglos bleiben und damit eine Krise auslösen sollte. Fest steht nur, daß, wenn einmal, aus welchen Gründen immer, die Nachfrage zurückgeht, auch eine intensivere Werbung nichts ausrichten und das Bestehen großer Kundenkredite die Schwierigkeiten vergrößern wird. Beides verstärkt zwar eine Rezession, aber es verursacht sie nicht.

Wichtiger ist das zweite Problem, die Inflation. Als planmäßige oder leichtsinnige Methode der Staatsfinanzierung ist sie mit

Kriegen und politischen Umwälzungen verbunden; in der heimtückischen Gestalt mäßiger, aber kontinuierlicher Preissteigerungen begleitet sie heute das Wachstum des Sozialprodukts, ohne daß man den Schuldigen fände. Nur dies, die schleichende Inflation, ist unser Gegenstand. Wir schneiden damit ein Thema an, das eine eigene Untersuchung verlangen würde. Jeder weiß, wie verwickelt es ist. Glaubt man den roten Faden zu haben, so verirrt er sich sogleich wieder, und in der Hand bleibt der ganze Knäuel von Erklärungen, die entweder die Angebots- oder die Nachfrageseite in den Vordergrund stellen, also von cost- und price-push-Theorien auf der einen, demand-pull-Theorien auf der andern Seite, mit allen ihren Komponenten: hier den Löhnen und den manipulierten Preisen, dort den Konsumausgaben, Investitionsausgaben, Staatsausgaben und Exportüberschüssen.¹ Wir sehen, an wie vielen Stellen der Krankheitsherd liegen kann. Aber vielleicht ist die schleichende Inflation gar keine Krankheit, sondern nur die notwendige Begleiterscheinung des schnellen Wachstums, das den Weg zur Wohlstandsgesellschaft und diese selbst kennzeichnet. Viele glauben es, auch Galbraith. Wir wollen ihm ein letztes Mal folgen.

Galbraith erklärt die schleichende Inflation eindeutig von der Angebotsseite her, aus dem Zusammenwirken von unternehmerischer Preisstrategie und Gewerkschaftspolitik. Freilich stutzt der Leser sogleich, weil er an den Beginn des Prozesses eine nicht erklärte Zunahme der Nachfrage in einer Situation stellt, in der sich die Produktion an der Kapazitätsgrenze befindet. Er macht hier also den gleichen Fehler wie vorhin, wo aus unerklärlichen Ursachen die Werbung versagte. Auf monopolisierten Märkten wird nun der Unternehmer keineswegs sogleich die Preiserhöhung vornehmen, die ihm die Situation erlauben würde. Er sucht nicht den kurzfristigen, sondern den langfristigen Gewinn zu maximieren, d. h. er hält sich vorläufig zurück, um nicht die Öffentlichkeit und möglicherweise den Staat gegen sich aufzubringen

¹ Das Schrifttum, wissenschaftliche Publikationen und Tagesliteratur, ist fast unübersehbar. Ich nenne nur G. Bombach, Ursachen der Nachkriegsinflation und Probleme der Inflationsbekämpfung, aus „Stabile Preise in wachsender Wirtschaft“, „Das Inflationsproblem“, Festschrift für Erich Schneider, Tübingen 1960, S. 187 ff.

und um nicht die Gewerkschaften herauszufordern. So behält er eine Reserve unausgeschöpfter Monopolgewinne, und er wird mit ihrer Realisierung so lange warten, bis die Gewerkschaften mit Lohnforderungen kommen. Erhöht er jetzt die Preise um den vollen möglichen Betrag (er ist – notabene – inzwischen noch größer geworden als vorher, weil ja jetzt zu der ursprünglich angenommenen Mehrnachfrage noch die Nachfragezunahme aus den gestiegenen Löhnen kommt), so ist die Gewerkschaft der Sündenbock.

Nun, das ist alles recht interessant, aber eine zureichende Theorie der schleichenden Inflation ist es nicht. Die Methoden, die Galbraith schildert, sind in der Tat nicht ungewöhnlich und werden auch von Praktikern bestätigt – aber wo ist die eigentliche Quelle der Inflation? Im Grunde setzt Galbraith den inflationistischen Trend, den er erklären sollte, voraus. Er glaubt nicht an die Möglichkeit eines Wachstums bei Vollbeschäftigung und stabilem Preisniveau, und nichts kennzeichnet seine Einstellung deutlicher als die ausdrücklich formulierte Alternative: hohes Produktionsniveau und Vollbeschäftigung verbunden mit Inflation oder gedrosselte Produktion verbunden mit stabilem Preisniveau, aber auch mit Arbeitslosigkeit. Die Frage, was geschehen müßte, um diesem Dilemma zu entgehen, beantwortet er mit einem Vorschlag zur Reform der Arbeitslosenversicherung, die ihre Leistungen bei länger andauernder Arbeitslosigkeit erhöhen sollte, um die Nachfrage zu stützen. Auf diese Weise würde man, so meint er, dem Zwang entgehen, die Produktion bis zum Vollbeschäftigungsniveau und damit in die Inflation hinein zu steigern; die Produktion bliebe auf niedrigerem Niveau, das Preisniveau stabil und die Arbeitslosigkeit erträglich. Für den Fall aber, daß die Produktion ohnehin auf dem Vollbeschäftigungsniveau steht oder wieder dahin ansteigt, schlägt er Genehmigungspflicht für Lohnerhöhungen und Preiskontrollen vor.

Wiederum sind das harte Brocken, und man wundert sich, daß Galbraith für den Fall eines Absinkens der privaten Produktion nicht wieder auf den Gedanken zurückkommt, daß ja die von ihm verlangte Ausdehnung des öffentlichen Bereichs kompensierende Arbeitsmöglichkeiten schaffen würde. Es hat jedoch keinen Zweck, sich über seine Ideen allzu sehr den Kopf zu zer-

brechen. Sein Vorschlag zur Reform der Arbeitslosenversicherung ist gewiß einer Diskussion wert, aber weder hat er die schleichende Inflation erklärt, noch ist es ihm gelungen, die Alternative von Vollbeschäftigung mit Inflation und Preisstabilität mit Unterbeschäftigung zu beweisen.

Wenn Galbraith keinen schlüssigen Beweis dafür bringt, so bleibt nichtsdestoweniger uns die Aufgabe, darüber nachzudenken, warum die Wohlstandsgesellschaft mit der Inflation zu kämpfen hat; denn offensichtlich ist das ja – in allen Ländern – der Fall. Ich kann hier nur, mit allem Vorbehalt, die Vermutung aussprechen, daß es letztlich zwei Gründe sind, die die Wohlstandsgesellschaft für inflationistische Tendenzen anfällig macht. Der erste liegt in der spezifischen Situation des Arbeitsmarkts, von der ja oben schon die Rede war; wie die reichliche Versorgung mit Gütern, so ist die Knappheit an Arbeitskräften ein Charakteristikum der Wohlstandsgesellschaft. Nicht weniger wichtig aber ist – zweitens – die größere Sicherheit, die die Vollbeschäftigungspolitik sowohl den Arbeitern als auch den Unternehmern für ihre Aktionen gibt: den Arbeitern, weil die Gefahr einer durch Lohnerhöhungen bewirkten Arbeitslosigkeit geringer wird, den Unternehmern, weil das Risiko der Investitionen sich verkleinert. Beide werden daher leichter als jemals geneigt sein, übers Ziel hinauszuschießen. In Ländern, die zugleich eine ausgesprochene Wohlfahrtspolitik betreiben, mögen die Staatsausgaben als Ursache inflationistischer Tendenzen ein größeres Gewicht haben, und im Spezialfall der Bundesrepublik stehen natürlich die Exportüberschüsse allem voran. Für die Wohlstandsgesellschaft als solche aber scheinen mir die private Investitionstätigkeit und der Kampf um die Verteilung, zu dem neben den Lohnforderungen der Gewerkschaften auch die Preisstrategie der Unternehmer gehört, die entscheidenden Faktoren zu sein. Im übrigen dürfen wir bei alledem nicht vergessen, wie leicht Aufschwung und Inflation in einen Rückgang der Konjunktur umschlagen können, der sogleich wieder die seit den 30er Jahren eingewurzelte Furcht vor einer Stagnation aufkommen läßt, die Investitionen bremst und die Stagnation damit tatsächlich erzeugt.

Fassen wir zusammen, so sind Inflationstendenzen kein Spezifikum der Wohlstandsgesellschaft – auch Entwicklungsländer

kennen, ja praktizieren sie. Vergleicht man die Wohlstandsgesellschaft aber mit früheren Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung, so kann man einen inneren Zusammenhang von Wohlstand und Inflationsanfälligkeit schwerlich leugnen.

Damit sind wir – fast – am Ende. Wir haben uns die drei Hauptgebiete der nationalökonomischen Forschung vorgenommen, und jedes Mal sind wir zum mindesten auf ein Problem gestoßen, das der Wohlstandsgesellschaft eigentümlich ist: zuerst auf die Disproportionalität zwischen privater Produktion und öffentlichen Diensten, sodann auf die Vermögenspolitik, der die Wohlstandsgesellschaft eine Chance eröffnet, und schließlich auf die schleichende Inflation. Alle diese Probleme sind akut, aber keines rechtfertigt die Behauptung, die Wohlstandsgesellschaft zwingen den Nationalökonom zu einer völligen Neuorientierung. Das ist die Antwort auf die Grundfrage, die wir uns gestellt hatten. Aber ich möchte nicht schließen, ohne eine Frage wenigstens zu erwähnen, die heute die Köpfe mehr als jemals erhitzt und zu vielen Diskussionen Anlaß gibt. Sie betrifft die Wirtschaftsplannung, sei es in der unverbindlichen Form der sogenannten Rahmenplanung, sei es in der viel weiter gehenden und strengeren der sogenannten Programmierung. Sie mag uns schon deshalb interessieren, weil lange vor den Autoren, die hier im Vordergrund standen, Joseph Schumpeter gemeint hat, der Weg des Kapitalismus gehe zum Sozialismus,¹ womit er eine Planwirtschaft in demokratischen Formen bezeichnete; der Weg gehe dahin, nicht weil der Kapitalismus versagt habe – er habe ja, im Gegenteil, mit der Armut aufgeräumt –, sondern weil er so gut funktioniere, daß man seiner überdrüssig werde. Auch Schumpeter beschäftigt sich also de facto mit der Wohlstandsgesellschaft, und er geht sogar weiter als unsere Autoren, weil er ihren Untergang prophezeit, ihren Untergang jedenfalls in der bisherigen Form.

Ich bin nun zwar durchaus nicht von seinen Thesen überzeugt; ich glaube alles andere eher, als daß der Weg zu einem Sozialis-

¹ J. Schumpeter, l. c., dazu die schöne Abhandlung von E. v. Becke-rath, „Größe und Verfall des Kapitalismus“, Zeitschr. für die Gesamte Staatswiss., Bd. 106, 1950. S. 193 ff.

mus dieser Art führt. Aber so viel steht fest: wir sind planungsfreudiger geworden, wir alle, nicht nur die Franzosen. Das allein könnte freilich eine Modeströmung sein, die sich verläuft. Aber man kann sich nun in der Tat fragen, ob nicht doch eine gewisse Beziehung zwischen den Problemen der Wohlstandsgesellschaft und dieser Strömung besteht. Für zwei von den drei Fragen, auf die wir gestoßen sind, scheint es mir zuzutreffen. Je wichtiger und je umfangreicher die öffentlichen Aufgaben werden, um so mehr ist eine gründliche, auch künftige Jahre einschließende, sachlich, zeitlich und auf die Träger der einzelnen Aufgaben abgestimmte Bedarfsplanung notwendig. Im Charakter verschieden von einer solchen Bedarfsplanung, die zwar beweglich sein muß, aber doch verbindlich zu sein hat, ist die konjunkturelle Planung, die infolge der engen Verknüpfung der Verteilungskämpfe mit dem Wachstum auch der Versachlichung eben dieses Verteilungskampfes dient; Vorausschau und Durchrechnung verschiedener Möglichkeiten unter alternativen Bedingungen spielen hier die entscheidende Rolle, aber die Verbindlichkeit fehlt, und der Plan dient in erster Linie der Orientierung. Viele Fragen sind hier noch offen,¹ aber es scheint mir keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Wohlstandsgesellschaft nicht weniger, sondern mehr Planung braucht als der Kapitalismus im Stadium seiner Entfaltung.

¹ Vgl. dazu das Gutachten des Wiss. Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium vom 8./9. November 1963 über die wirtschaftliche Vorausschau auf mittlerer Sicht.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Sitzungsberichte der philosophisch-historische Klasse der Bayerischen Akademie der Wissenschaften München](#)

Jahr/Year: 1964

Band/Volume: [1964](#)

Autor(en)/Author(s): Preiser Erich

Artikel/Article: [Probleme der Wohlstandsgesellschaft. Vorgetr. am 8. Nov. 1963 1-25](#)